

Die Polizeibeamten gegen den Offiziersverband

Scharfe Entschiedenheit des Schreiber-Bundes Gegenüber Entschuldigungen über die Polizeistruktur

Der Verband Preussischer Polizeibeamten (Schreiber-Bund) hat am Sonnabend dem Minister Severing scharfe Entschiedenheit über die Polizeistruktur geäußert. Die Entschuldigungen über die Polizeistruktur, die der Minister Severing in der Sitzung des Reichstages am 11. Dezember 1931 geäußert hat, sind dem Verband Preussischer Polizeibeamten in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ entgegengebracht worden. Die Zeitschrift ist in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ erschienen. Die Zeitschrift ist in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ erschienen.

Der Verband Preussischer Polizeibeamten hat am Sonnabend dem Minister Severing scharfe Entschiedenheit über die Polizeistruktur geäußert. Die Entschuldigungen über die Polizeistruktur, die der Minister Severing in der Sitzung des Reichstages am 11. Dezember 1931 geäußert hat, sind dem Verband Preussischer Polizeibeamten in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ entgegengebracht worden. Die Zeitschrift ist in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ erschienen. Die Zeitschrift ist in der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Polizeibeamte“ erschienen.

Eine sehr sonderbare Gerichtsentscheidung

Blököttliche Wendung der Rechtsauffassung zu Gunsten verurteilter Nazis

Im Preussischen Landtag hat der Abg. Kuttner zu dem Berliner Kurfürstendammprozess eine kleine Anfrage eingebracht. Im Prozeß des Grafen Hellendorff und Genossen in der Kurfürstendammpfalze hatte die Verteidigung der Angeklagten verabsäumt, gegen das erstinstanzliche Urteil gemäß Berufung einzulegen. Die Berufung wurde auf einer Zahllosigkeit im Büro betriebl. Besanmäße. Gleichwohl hat die Strafkammer den Angeklagten die Wiedereröffnung des Prozesses gestattet. Nach der Strafprozedur ist diese nur zulässig, wenn die Angeklagten durch Naturereignisse oder andere unabwehrbare Zufälle an der Einholung der Frist verhindert worden sind. Niemand ist bisher in der Rechtsprechung die Fahrlässigkeit eines Rechtsanwalts bzw. seines Büros als „Naturereignis“ und unabwehrbarer Zufall angesehen worden. Gegenteil: bisher haben die Gerichte sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß Fehler der Anwälte und dergleichen durch abweichbare Ereignisse sind. Es ist auffällig, daß die neue Rechtsauffassung in einem Augenblick in führender Stellung und arischer Kunst handelt. Ich frage das Staatsministerium: Wie ist diese Entscheidung zustande gekommen? 2. Was geht es angeht diese Entscheidung zu tun?

Strafrechtspflege, unter Einsetzung aller Kräfte zu einer Befreiung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beitragen. Er erwarte von diesem Austausch der Meinungen eine fruchtbringende Klärung über die Mittel, die zur Erreichung des Zieles zur Verfügung ständen und über die Maßnahmen, die zu ergreifen seien. Die Aussprache befaßte sich zunächst mit Angelegenheiten der Strafrechtspflege. Es wurde namentlich erörtert, wie die dringend erwünschte Beschleunigung der sogenannten Wirtschaftsstrafen zu fördern sei unter Ausnutzung der durch § 154 StPD. und durch die dritte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober d. Js. gegebenen Möglichkeiten, durch Konzentration des Untersuchungsmaterials, durch Umlage und Taktik beim ersten Zugriff, durch rechtzeitige Gewinnung von Sachverständigen und zweckmäßige Zusammenarbeit mit ihnen, durch mögliche Beschleunigung in allen Phasen des Verfahrens. Es wurde ferner behandelt die nachdrückliche Verfolgung politischer Straftaten, namentlich politischer Beleidigungen unter Berücksichtigung der nach dieser Richtung durch die dritte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gegebenen Möglichkeiten, die bei derartigen Beleidigungen neben der Einführung von Mindeststrafen auch noch Bußen bis zu 100 000 Mark vorzusehen, die die Gerichte ermächtigt, in solchen Beleidigungsfällen den Umfang der Beweisaufnahme frei zu bestimmen, die schließlich auch das Schnellverfahren für Beleidigungen in erweitertem Umfang zuläßt. Es wurde auch erörtert, in welcher Weise die Gesetzgebung durch die verschiedensten Bestimmungen die Möglichkeiten geschaffen habe, den aus politischem Terror entstehenden Gewalttätigkeiten nachdrücklich und streng entgegenzutreten und wie von den dadurch gegebenen Strafbestimmungen energisch Gebrauch zu machen sei. Ferner wurde auch die heftigste Steigerung der Gewalttaten aus nicht politischen Gründen, Kapitalverbrechen, Raubüberfälle, Brandstiftungen und die Bekämpfung des Berufsverbrechens behandelt. Sodann wandte sich die Aussprache den durch § 153 StPD. und durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 gegebenen Möglichkeiten zu, in weiterem Umfang als bisher die Strafverfolgung geringfügiger Delikte zu vermeiden. Es ergab sich Einigkeit darüber, daß trotz der in zahlreichen Einzelfällen von allen möglichen Stellen gegen die Einstellung des Verfahrens erhobenen Schwierigkeiten doch von diesen Möglichkeiten schon im Interesse der Finanzlage des Staates in möglichst weitem Umfang Gebrauch zu machen sei.

Konferenz der Gerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte

Am 12. Dezember 1931 fand im Preussischen Justizministerium unter dem Vorsitz des Preussischen Justizministers Dr. Schmidt eine gemeinsame Besprechung der oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte statt. Der Justizminister wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß zum ersten Mal die Chefs der Richter und Staatsanwaltschaften Preußens zu einer gemeinsamen Besprechung gebeten worden seien, die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit dringende Bedürfnisse nach einer solchen mündlichen Aussprache gerechtfertigt hätte über die Aufgaben, die in der jetzigen Lage der Justiz im republikanischen Staatsbau in besonderer Weise zuzuteilen. Mehr als sonst sei es bei der jetzigen Lage Aufgabe der Rechtspflege und namentlich der

Die Wahlentscheidung hat diese spitzbüßischen Kombinationen zunichte gemacht und bewiesen, daß die Säume politischer Feinde nicht in den Himmel wachsen. Die mit allen Mitteln der Lüge, der Gefährdung und Niedertracht belämpfte Sozialdemokratie blieb im Gesamtergebnis weit unter der Spitze. Sie erhielt 2157 Stimmen, die Bayerische Volkspartei 2155, die Nazi-Partei 2133, die KPD 1239 und die Bürgerliche Sammelvereinigung 442. Die Wahlbeteiligung war mit 9126 gegen 10 855 nicht unerheblich höher als bei der Reichstagswahl 1930. Daher erlitten alle Parteien Stimmenverluste, sie betragen bei der Bürgervereinigung 39,1 Prozent, bei der Bayerischen Volkspartei 21,7 Prozent, bei der Sozialdemokratie 21 Prozent, während die Nazis und Nazis auf ihren früheren Stimmensitzen blieben. Bei der Reichstagswahl 1930 hatten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen einen Stimmenanteil von 37 und 11,5 Prozent zusammen 48,5 Prozent, diesmal 34,6 und 13,5 zusammen 48,1 Prozent. Der Generalsturm gegen den Marxismus in Frankenwald ist also völlig zusammengebrochen. Den Nationalsozialisten ging es bei der Wahl, was ihnen bisher in keinem Teil Deutschlands widerfuhr; sie kamen nicht mehr weiter, ihre Ausgeier-Konjunktur ist abgebrochen, der Zukunft erspäht, die verkehrterische Agitation zeitigte keine neuen Erfolge mehr. Ihre Stimmenzahl 2133 gegenüber 2124 im September blieb unverändert. Dieser Stillstand ist aber Rückschritt, ist die Katastrophe für eine Partei, die ihre Anhänger nur dadurch zusammenhalten kann, daß sie ihnen den „Endsieg“ als unmittelbar bevorstehend in Aussicht stellt.

Nach feiges Kneifen hilft den Nazis nichts

Gregor Strassers blutdürstige Drohungen erwiesen

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit, daß der Rede, die der Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser am 4. Dezember 1931 in Stuttgart gehalten hat, der „marxistische“ Presse an entscheidenden Stellen ein großer Text unterschoben worden sei. Demgegenüber stellen folgende Stellen fest: Gregor Strasser hat seine Rede vollkommen frei gehalten. Unser Berichterstatter hat sich die in Frage stehenden Stellen wörtlich notiert. Zeugen stehen zur Verfügung. Die folgenden Sätze sind wörtlich gefallen: „Die Verbindung mit Frankreich ist Wahnsinn.“ „Und wenn bis an die Knie im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so wie wir es haben wollen.“ Die übrigen blutdürstigen von uns verzeichneten Stellen der Strasserschen Rede werden in dem Abrechnungsvorschlag der NSDAP nicht besprochen. Ferner ist zu sagen, daß das Stuttgarter Organ der NSDAP nicht gewagt hat, den Ablehnungsverzicht der NSDAP-Pressestelle abzuwenden. Man weiß dort, daß die Strassers Rede gehört haben, sofort die Unwahrheit des Ablehnungsverzichts durchschauen würden.

Die Wahlentscheidung hat diese spitzbüßischen Kombinationen zunichte gemacht und bewiesen, daß die Säume politischer Feinde nicht in den Himmel wachsen. Die mit allen Mitteln der Lüge, der Gefährdung und Niedertracht belämpfte Sozialdemokratie blieb im Gesamtergebnis weit unter der Spitze. Sie erhielt 2157 Stimmen, die Bayerische Volkspartei 2155, die Nazi-Partei 2133, die KPD 1239 und die Bürgerliche Sammelvereinigung 442. Die Wahlbeteiligung war mit 9126 gegen 10 855 nicht unerheblich höher als bei der Reichstagswahl 1930. Daher erlitten alle Parteien Stimmenverluste, sie betragen bei der Bürgervereinigung 39,1 Prozent, bei der Bayerischen Volkspartei 21,7 Prozent, bei der Sozialdemokratie 21 Prozent, während die Nazis und Nazis auf ihren früheren Stimmensitzen blieben. Bei der Reichstagswahl 1930 hatten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen einen Stimmenanteil von 37 und 11,5 Prozent zusammen 48,5 Prozent, diesmal 34,6 und 13,5 zusammen 48,1 Prozent. Der Generalsturm gegen den Marxismus in Frankenwald ist also völlig zusammengebrochen. Den Nationalsozialisten ging es bei der Wahl, was ihnen bisher in keinem Teil Deutschlands widerfuhr; sie kamen nicht mehr weiter, ihre Ausgeier-Konjunktur ist abgebrochen, der Zukunft erspäht, die verkehrterische Agitation zeitigte keine neuen Erfolge mehr. Ihre Stimmenzahl 2133 gegenüber 2124 im September blieb unverändert. Dieser Stillstand ist aber Rückschritt, ist die Katastrophe für eine Partei, die ihre Anhänger nur dadurch zusammenhalten kann, daß sie ihnen den „Endsieg“ als unmittelbar bevorstehend in Aussicht stellt.

Nazis im Glücksgebiet nicht erfolgreich

München, 12. Dezember (Eigener Bericht). Das endgültige Ergebnis der Ergänzungswahlen zum Reichstag im Bereich des aufgelösten Staatsamts Teuschitz in Oberfranken liegt jetzt diesen Wahlen kam deshalb eine besondere Bedeutung zu, dabei die Probe gemacht werden konnte, ob die hakenkreuzerliche Hege auch in diesem wirtschaftlichen Glücksgebiet die Vernunft und das klare Denken der Bevölkerung zerstreut hat. Im Frankenwald sind die Beziehungen für politische Erfolge gewissenloser Demagogon gegeben: Arbeitslosigkeit in riesigem Umfang und von entsetzlicher Beständigkeit, ohne Aussicht und Glanz ohne Maß. Darum wählten die Hakenkreuzer dort wochenlang Generalsturm, um überschwebten sie das kleine Gebiet mit fast 100 Wählern, dem — so argumentierten sie — wo große Not herrscht, liegt sich Verzeihung und wo Verzeihung von den Wählern nicht kommt, hört das nüchterne Denken auf. Wo das Denken aufhört, beginnt der Nationalsozialismus.

Bestätigung der Regierung Azana

Madrid, 14. Dezember. (Eigener Bericht). Die Regierung Azana ist nach dem Amtsantritt des Präsidenten Zamora zurückgetreten. Die Verhandlungen des Staatspräsidenten zur Neubildung des Kabinetts mit den Fraktionsführern ergaben, daß die Mehrzahl der Parteien für die Fortsetzung der bisherigen republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung ist. Damit ergab sich die Fortdauer der Ministerpräsidenten Azana selbst. Er wurde deshalb am Sonntag mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Allgemeines Diktieren auf Versammlung

Der Reichspräsident hat die Versammlung mit dem Reichspräsidenten im Reichstag am 11. Dezember 1931 abgehalten. Die Versammlung wurde von dem Reichspräsidenten im Reichstag am 11. Dezember 1931 abgehalten. Die Versammlung wurde von dem Reichspräsidenten im Reichstag am 11. Dezember 1931 abgehalten.

Tag-Attentat auf SPD-Versammlung

Patronen werden im Gyalon gebracht. Auf eine sozialdemokratische Mitgliederversammlung im Schützenhaus in Ostberg (Westf.) wurde von bisher noch unbekannten Nationalsozialisten ein Attentat verübt. An den Fenstern der Versammlungssaale hatten die Täter mehrere mit Schwarzpulver gefüllte Patronen angebracht. Die Versammlung war kaum eröffnet, als die Patronen angezündet wurden und unter außerordentlich hartem Detonationsexplosionen. Personen kamen nicht zu Schaden. Es wurden jedoch zahlreiche Fensterscheiben und Holzsensoren zertrümmert. Eine etwa 4 Meter lange Stachlamme, die in den Versammlungsraum hineinschlug, löste unter den anwesenden Frauen eine panikartige Stimmung aus. Erst nach längerer Unterbrechung konnte die Versammlung fortgesetzt werden. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen haben bisher zu keinem Erfolge geführt.

Neuwahltermin noch ganz unbestimmt

Die Meldung, daß die Neuwahlen zum Preussischen Landtag am 8. Mai stattfinden werden, ist verfrüht. Das preussische Kabinett hat sich mit der Frage des Wahltermins bisher überhaupt noch nicht befaßt und wird sich damit auch in nächster Zeit noch nicht beschäftigen.

Kommunistischer Aufruhr auf dem Hamburger „Dom“

Mißhandlung von Polizeibeamten — Die Beamten schießen scharf. — Ein Toter

Hamburg, 14. Dezember (Eigener Drahtbericht). Am Sonntag-Abend kam es auf dem Hamburger „Dom“, dem Hamburger Volksfest, das jedes Jahr vor Weihnachten auf dem Heiligen-Geist-Feld stattfindet, zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei. In der Nacht wurden fünf Personen schwer und zahlreiche leicht verletzt. Etwa gegen 17 Uhr abends versuchten kommunistische Trupps, immer wieder auf die Menge einzuwirken. In einer der Querstraßen, die von den mächtigen drei Vergnügungsstraßen abgeweiht, begann zunächst ein Kommunist von dem Podium einer Schaubühne herab eine Ansprache zu halten. Die Folge war, daß sich in wenigen Minuten weit über 200 Personen ansammelten, die internationale Lieder und Schmähsprüche gegen die Republik und die Polizei ausstießen. Auch von anderen Podien herab hielten Kommunisten immer wieder Reden. So wurde die Erregung der Menge systematisch gesteigert. Mehrere Schaubudenbesitzer benachrichtigten deshalb die „Dom“-Wache der Polizei. Bald erschienen fünf Beamte, die bei dem Versuch, die Menge aufzulösen, beschimpft und umringt wurden. Schließlich wurden sie mit Steinen und Eisenstücken beworfen. Ein Teil der Demonstranten ging sogar mit Latzen und Balken gegen die Beamten vor. Jetzt zogen die Beamten ihre Pistolen und gaben mehrere Schreckschüsse ab. Als die Menge auch dann noch nicht zurückwich und zwei Beamte bereits verletzt waren, wurde scharf geschossen. Wie es heißt, wurde etwa 45 bis 50 mal geschossen. Panikartig wich die Menge zurück. Am Sonntag-Abend gegen 17 Uhr versuchten Kommunisten auf dem Heiligen-Geist-Feld während des Dom-Marktes zu demonstrieren. Es trafen an mehreren Stellen Redner auf. Als einige Ordnungspolizisten einen der Redner festgenommen hatten, wurden sie von Teilnehmern der Demonstration angegriffen, mit Latzen geschlagen und mit Steinen beworfen, so daß die Beamten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Tödlich verletzt wurde der etwa 22 Jahre alte, in Altona wohnhaft gewesene Karl Wittrod, der einen Brustschuß erhalten hat. Vier weitere Männer und ein Schulknabe erlitten Bein- und Armschusswunden. Einer der Redner und vier weitere Demonstranten konnten festgenommen werden.

Frankreichs Handelspolitik

Der Zollkonflikt mit England — Frankreich will Einfuhrkontingente einführen

Paris, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht). Der französische Handelsminister hat am Sonntag-Abend bei seiner Verteilung von Beschlüssen an Arbeiter und Angehörige eine Rede gehalten, in der er auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den französisch-englischen Handelsbeziehungen anspielte. Er sagte u. a.: „Es ist unser aufrichtigster Wunsch, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Es besteht zwischen unseren beiden großen Völkern zu viele enge Bande und zu viele gemeinsame Erinnerungen, als daß wir einen Augenblick zulassen wollen, daß materielle Interessen uns trennen. Wir verlangen von England nur, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß auch wir harte Proben zu bestehen und daß wir die Lebensinteressen unserer Wirtschaft zu verteidigen haben.“ Einem Redakteur des „Intransigeant“ gegenüber hat sich Kollin über die am Montag beginnenden französisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen folgendermaßen geäußert: „Wir werden versuchen, unsere Handelsbeziehungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit neu zu regeln. Die Lebensinteressen Frankreichs stehen auf dem Spiel, und ich sehe zu ihrem Schutze keine andere Möglichkeit, als gerechte Kontingente für die Einfuhrwaren festzusetzen. Die gegenwärtige Verbindung zwischen dem System der Tarif-Konkordierung und dem Regime der Meistbegünstigung ist zu hart und läßt sich nur unvollkommen mit der wirtschaftlichen Entwicklung vereinbaren. Unser Verbindungssystem muß schmieglamer gestaltet werden, um es den Konjunkturschwankungen anzupassen. Dieses Ziel muß und kann nach meiner Ansicht durch ein System erreicht werden, das die Gewährung von Vorzugs-kontingenten mit der in weitestem Maße angewandten Meistbegünstigungsklausel in Einklang bringt.“

Regierungskrise in Ungarn

Die ungarische Regierung befindet sich in einer schweren Krise. Die christlich-sozialen Wirtschaftspartei ist wegen der von der Regierung verfügten Beamtenpensionsstärkung aus dem Kabinett ausgeschlossen. Der ihr angehörige Kultus- und Wohlfahrtsminister Ernst hat am Sonnabend seine Demission gegeben. Der Ministerpräsident will die Regierung trotzdem weiterführen und sie in der nächsten Woche durch Mitglieder der Regierungsparteien ergänzen.

Neues japanisches Kabinett

Die neue japanische Regierung ist am Sonntag gebildet worden. Das Außenministerium übernimmt der bisherige Vertreter Japans im Völkerbundrat, Nishihawa.

Breslauer Nachrichten

Distriktsversammlungen

Montag, den 14. Dezember, 20 Uhr,

in nachstehenden Besalen die allgemeinen Distriktsversammlungen stattfinden.

Thema: Partei, Jugend und Sport

Außerdem wird in allen Distrikten über „Die politische Lage“

Referat gehalten werden.

Pünktliches, zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder, besonders der Jugendlichen, wird erwartet.

- 1: Scharfe Ecke, Hediger-Ecke Viktoriastraße. Redner: Genosse Richard Müller und Genosse Tokus.
2: Klantsch, Hohlstr. 7. Redner: Genosse G. M. Lippmann und Genosse August Kleiner.
3: Janke, Friedenstr. 41. Redner: Gen. Gutschke und Genosse Ernst Zimmerer.
4: Drescher, Hofstr. 18. Redner: Genosse U. Schmeidler und Genosse Lehmann.
5: Leo Hante, Bergstraße 15. Redner: Gen. H. Kossol und Genosse Bretthorst.
6: Rippe-Anschau, Frankfurter Straße 72. Redner: Genosse G. H. G. Schmeidler.
7: Brauer, Popelwitzstr. 36. Redner: Genosse H. Vöbe.
8: Klaus, Friedenstr.-Karlstr. 32. Redner: Genossin Lotte Berndt und Genosse Datz.
9: Lorenz, Steinauer Straße 34. Redner: Genosse G. Vögel und Genosse Pfeiffhädt.
10: Wally, Westendstr. 37. Redner: Gen. P. Kihmann und Genosse Ademacher.
11: Heinisch, Ueberstr. 39. Redner: Genossin Marta Müller und Genosse Schiffer.
12: Hartwed, Mehlgasse 43. Redner: Gen. Ida Wolf.
13: Bergfelder, Kleinfeldstr. Redner: Gen. W. Ludwig.
14: Wolff-Anschau, Mathiasstr. 140. Redner: Genosse Willi Kihmann und Genosse Funke.
15: Krause, Neue Weltgasse 42. Redner: Genossin Toni Simmel und Genosse Ulrich.
16: Scholz, Techniker Str., Ecke Vinzenzstraße. Redner: Genosse Günther Kupke.
17: Wiczorek, Barischstr. 6. Redner: Genosse Willi Binnberg.
18: Schultze-Süßl, Weihenburger Str. 17. Redner: Genosse Lehrer Haubig.
19: Wittner, Uferstr. 26. Redner: Genosse Heinz Cohn und Genosse Steffen.
20: Goldmann, Paulstraße 42. Redner: M. Kuzielczynski.
21: Camer, Brigittental 16. Redner: Genosse Walter Fergander und Genosse Blank.
22: Götsch, Völschstr. 13. Redner: Genossin Fr. Dachs und Genosse Krasnow.
23: Zeise, Döner Str. 2. Redner: Gen. B. Steiner.
24: Urbank, Margaretenstr. 30. Redner: Genosse Paier.
25: Gawellek, Klurstr. 10. Redner: Gen. Toni Zimmer und Gen. Desmjan.
26: Schmidt, Hubenstr. 52. Redner: Gen. Heini Diegel und Gen. Schneider.
27: Langner, Augustastr. 196. Redner: Genosse Bruno Maschke und Genosse Swolnizki.
28: Spadow, Neuborsstr. 99. Redner: Gen. W. Kehrigh.
29: Hillner, Bohrauer Straße 36. Redner: Genosse Ernst Zülke.
30: Kluge, Al. Grodzensg. Redner: Gen. E. Herrmann.
31: Jägerhof, Gräblichener Str. 181. Redner: Genosse Paul Böer und Genosse Jauter.
32: Kusla, Ramenser Str. Redner: Gen. Hugo Fren.
33: Rippe-Garten, Fürststr. Redner: Genossin Paula Wajchel und Gen. Kremser. Funktionäre eine Stunde früher.
34: Medler, Hubenstr. 95. Redner: Genosse Richard Zimmer und Gen. Auguste Kunert.
35: Wittke, Zimpeler Straße. Redner: Genossin Else Kewentlow und Gen. Fritz Thiem.
36: Taube, Klein-Tschansch. Redner: Genosse Klog.
37: Rieger, Deutsch-Lissa, Neumarzter Straße. Redner: Genossin Berta Jöbel.

Dienstag, den 15. Dezember:

- 1: Schillerstübli, Schillerstraße. Redner: Genossin Rose Dobrowski und Gen. Bretthorst, sen.
7: Nagel, früher Arkh, Berliner Str. 82. Redner: Genosse Heinz Bretthorst, jun. und Gen. A. Ubrich.
10: Hante, Leuthenstraße 34. Redner: Genosse Hans Alexander.
11: Wally, Westendstr. 32. Redner: Gen. Kolf Kewentlow.
38: Jägerhof, Gräblichener Str. Redner: Genosse Willi Binnberg.
50: Wittke, Zimpeler Str. Redner: Gen. Fuhrmeister.

Mittwoch, den 16. Dezember:

- 36: Kurgarten, Kürassierstr. 14. Redner: Gen. Dachs.

Proletarierkinder

und das Weihnachtsschaufenster

Die Tage sind kurz geworden, der Spätherbstnebel senkt am Abend schon frühzeitig auf Stadt und Flur. Auf dem Lande in den Dörfern ist es still, nur ab und zu sieht man noch einige Landarbeiter bei der Feldarbeit. Alles ruhet, Naturtrieb folgend, auf die stille und lange Winterzeit. In den Städten pulsiert das Leben. Die Geschäftswelt bereitet sich auf das Weihnachtsfest vor. Es ist 16 Uhr. Die Dämmerung tritt ein und mit ihr die erste Beleuchtung der Straßenzüge, die in den Geschäftshäusern liegen. Hier trifft das Wort zu: „Licht zieht an, es gibt Leben und Wärme.“ Eine eigenartige Stimmung breitet sich über die die Straßen belebenden Menschen. Es ist die alljährlich wiederkehrende Weihnachtsstimmung. Sie liegt in der Luft, sie übt ihren Einfluss aus. Es duftet nach Grünsüßholz und Eibisch, nach Marzipan und Schokolade. In den Schaufenstern haben fleißige Hände wahre Kunstwerke herbeigebildet, und Tausende glänzender Kinderaugen hängen mit Spannung an diesen Herrlichkeiten. Auch das Schaufenster der Konditorei. Wie drängen sich die kleinen Kinder und Mädels. Einer will noch mehr sehen als der andere.

10 Jahre „Freundschaft“

Massenaufmarsch zur Jahrestagung der Breslauer Ortsgruppe der Arbeiterkinderfreunde. Genosse Kurt Löwenstein spricht

Eltern und Kinder!

Wir sind recht froh darüber, daß unsere Kinderfreunde am 1. Dezember 1931, die 10. Jahrestagung der Ortsgruppe der Arbeiterkinderfreunde in Breslau abgehalten haben. Wir möchten aber dringend bitten, daß die Kinder noch erst nach 5 Uhr und nicht schon zu um 4 Uhr herum erscheinen, da der unnötige Verkehr vor den Veranstaltungen bei der Stadtverwaltung nicht gerade beliebt ist.

(Notiz aus der „Volkswacht“ vom 28. 11. 31.)

Aus vorstehender Notiz spricht die Begeisterung, mit der die Breslauer Proletarierkinder vor zehn Jahren bei der Sache waren, ehe die eigentliche Organisationsgründung der Arbeiterkinderfreunde erfolgte. Und wie damals, so ist auch heute noch die gleiche Begeisterung zu bemerken, die die jüngste Garde des Proletariats zusammenführt. Mit dem überflüssigen Lärm, ohne den eine Kinderfeier fast unentbehrlich erscheint, ist es freilich in mancher Beziehung anders geworden! Nicht weil gouvenernamentähnliche Aufpuffer dauernd schimpfen und nörgeln, sondern weil die Kinder nach kurzer Jugendzeit zur Organisation der Kinderfreunde die Begriffe: Ordnung — Freundschaft — Disziplin begreifen lernen und dadurch auch verstehen, welches äußere Betragen sie ihrem Falkenfittler schuldig sind.

Diese kleine Erinnerung sei dem gestrigen Ereignis vorausgeschickt, weil sie Gelegenheit gibt, Vergleiche anzustellen mit dem Anfang der Organisation und ihrer Entwicklung im Laufe eines Jahrzehnts.

Es war trotz des vor wenigen Monaten erfolgten Zerplitterungsverlages ein Massenaufmarsch, den der große Saal des Gewerkschaftshauses aufnehmen konnte. Mehr als die Hälfte des Saales war der großen Schar der Festgeber reserviert. Eltern und Parteigenossen füllten die übrige Hälfte und die Galerien bis auf den letzten Platz und mancher mußte noch mit einem Stehplatz vorlieb nehmen.

Unter den Klängen des Sozialistenmarsches, den das mitwirkende kleine Orchester der J. A. - Jugend intonierte, marschierten die Falkengruppen mit zahllosen roten Fahnen und Wimpeln in den Saal, den das Kampflied der Jugend „Holt unsere Fahnen in den Wind“ durchbraut.

Schon die erste Probe des Gehaltenswillens der Jüngsten zieht die verarmten Massen in ihren Bann. Ein Sprechchor, eine wichtige Leistung, dieses Stampfen und Dröhnen der Maschine, das die Jungen und Mädels durch rhythmische Bewegungen veranschaulicht. Ebenso begeisternd der folgende Sprechchor der Helfer, jener Genossinnen und Genossen, die sich in den Dienst dieses Staats-Klassenkampf stellen, die sich selbst schulen, um den für ihre Aufgaben erforderlichen pädagogischen Anforderungen gewachsen zu sein. Im Sprechchor bekennen sie sich zu den Helfergeboten, die einleitend besagen: „Wir Helfer bekennen uns zum Arbeiterkind, wir sind die Kameraden der kleinen Genossen — —“ und die abschließen mit dem Gelübde: „Wir wollen der Arbeiterbewegung die Kinder der Arbeiterklasse erheben!“ Jeden Proletarier überzeugen diese Helfergebote und jagen ihm, daß er diesen Genossen keine Kinder anvertrauen kann.

Nach einem Musikstück von Beethoven wird die Bühne wieder von den blauen Aktiven beherrscht. Die Aktiven erleben eine Gruppenveranstaltung, die sich mit einer Arbeitsgemeinschaft befaßt. In Rede und Gegenrede unterhalten sich die Jungen und Mädels mit ihrer Helferin über den Sinn ihrer Organisation und in einem beinahe künstlerisch zu nennenden Zwischenspiel veranschaulicht eine andere Gruppe das Leben und Treiben der Proletarierkinder mit seinen Gefahren und Versuchungen, wie es heute noch für die Kleinen ist, die noch nicht von der prole-

tarischen Kinderbewegung erfasst werden. Herumprügeln, Spielen mit Licht und alle die anderen häßlichen und gefährlichen Dinge sind eine sinnvolle Veranschaulichung. Schließlich wandt im Schatten der Gruppenveranstaltung auch noch eine Schulkinderaktion auf, in der nicht der Lehrer, sondern der Schulkinder die Hauptrolle spielt. Man könnte beinahe glauben, alle wirkenden seien schon seit zehn Jahren bei den Kinderfreunden und doch ist das nicht der Fall, denn die ersten, die vor zehn Jahren dabei waren, sind längst in den Reihen der proletarischen Jugendbewegung.

Und dann tritt Genosse Kurt Löwenstein auf die Bühne. Die Aktiven, die sich an die eigene Schulterschwinge lehnen können, erleben es, daß ein Schulmann von Reichsfeindern der Schulkinder empfangen wird. Es muß sich also trotz aller gegenteiligen Behauptungen manches gegenüber früheren Zeiten geändert haben.

Er weist einleitend darauf hin, daß die Arbeiterklasse heute keine ungetriebenen Feste feiern kann, weil sie von allen Seiten bedrängt wird. Selbst in den eigenen Reihen hat man Anzeichen zu spüren, nicht, weil einzelne etwa mit der Arbeit in der Bewegung unzufrieden waren, oder weil in unserer Mitte kein sozialistischer Geist geherrscht habe. Diese Krise ist aber schnell überwunden worden. Der Massenaufmarsch der Jüngsten ist ein Beweis, daß das Werden stärker ist, als Not und Leid, die uns zu zerreißen drohten. Unsere Bewegung ist ja gerade in einer Zeit entstanden, während der in Deutschland alles zusammengebrochen war.

Ausdrückliche Worte richtet der Reichsführer dann an die Falken, denen er das Kinderleid, die Kinder-Ausbeutung in den Fabriken schildert, wie sie Karl Marx vor 80 Jahren gelehrt. Wenn es heute anders ist, so möge die Arbeiterkinder verstehen lernen, daß es ein Verdienst ihrer Väter und Großväter war, die sich in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zusammengeschlossen und durch Kampf manches Unrecht zu beseitigen vermocht haben.

Auch den Sinn der Falkenbewegung und der Kinderrepublik erklärte Genosse Löwenstein. Alle müssen sich schulen und in eine Gemeinschaft einordnen, die notwendig ist zum Aufbau einer sozialistischen Republik, über der die rote Fahne wehen wird. Und auch an die Aktiven appellierte der Führer der Kinder. In einer Zeit, in der die kapitalistische Gesellschaft die letzten Versuche unternimmt, kollektive Formen und Arbeitsrechte zu beseitigen, gilt es ganz besonders, ein heranwachsendes Geschlecht mit Siegesvermut zu erfüllen. Wer Sozialist sein will, muß in seinen Kindern den Grund legen, denn der Sozialismus ist kein Traum von übermorgen. Er wird aufgebaut inmitten der kapitalistischen Gesellschaft.

Zweihunderttausend Kinder umfasst heute die Organisation. Sie bringt dem einzelnen keinen sichtbaren Gewinn, sondern erfordert sogar Opfer von ihm, aber er bringt sie, weil ihn Zukunftsruhe erfüllt und er erkennt, daß die Kinderfreunde der Jungborn der proletarischen Bewegung sind.

Kurt Löwenstein schließt seine Ansprache mit einem „Freundschaft“ und tausendfältig wiederholt dieser zum Sinnbild gewordene Gruß.

Auf der Bühne ist inzwischen ein Festlager entstanden, ein Ausschnitt aus dem frohen Leben und Treiben wird durchgeführt, ein paar Falken treten als Spielbürger in Erscheinung und erhalten Falkenbefehle. Dann intoniert das Orchester die Marxlied und mit einem aufdröhnlichen Sprechchor „Hut den Erdball wachtet Eisenzeit!“ kündigt die, von dem Schwung der jüngsten Garde getragene Jahrestagung aus in dem gemeinsamen Gesang der Internationale.

In der Ecke der Weihnachtsmann, aus Hutjucker gemischt. Dort ein Fruchtkorbchen, mit Marzipanfrüchten, vorbädige Äpfel, goldgelbe Birnen, Weintrauben und Aprikosen, alles durcheinander, so natürlich, als wenn sie eben erst aus dem Garten kämen. Ein kleiner Knirps sagt: „Den Gänsebraten, mit dem Kalkohl, dort auf der Schüssel aus Marzipan, den möchte ich haben!“ Ein kleines Mädchen wieder erblüht ihr Ideal in den Marzipanweihnachten und möchte gern ihrem tranken Schweisterchen eines davon mitnehmen. Auch die Marzipanorte wird unter der Schar kleiner Proletarierkinder schnell verteilt. Die Phantastie läßt ein Märchenland entstehen. Schlaraffenland! Sie möchten sich alle durch einen Berg von Kuchen, Schokolade und Koffinen essen. Ihr schülchster Wunsch ist, einmal Süßigkeiten in Hülle und Fülle zu haben. Mit traurigen und sehnsüchtigen Augen verlassen sie nacheinander die Stätte ihrer Sehnsucht, mit dem Wunsch im Herzen, auch ein paar Erzeugnisse der süßen Kunst ihr eigen zu nennen.

Auch ich verlasse den Ort meiner Betrachtungen, lasse noch einmal die einzelnen Typen der Kinderkinder an meinen Augen vorbeiziehen und denke nach über die glühende, hoffnungsvolle Phantastie dieser Proletarierkinder. Ich sehe wieder der nackten Wirklichkeit gegenüber und zweifle an der Erfüllbarkeit der Kinderträume. Grausam und schicksalsschwer lastet die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterkinder mit ihren 4650 000 arbeitslosen Männern und Frauen. Der Glaube an die christliche Weihnachtslegende wird immer mehr durch das rücksichtslose Wirken des Kapitalismus zerstört. Ein Glaube aber bleibt: der Glaube an die Zukunft und an den Sieg des Proletariats. Die Worte „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ müssen eine weltanschauliche Auslegung bekommen. Unser Weihnachtsfest muß ein Fest der Freude für alle Menschen werden, darum an die Arbeit, zur Verwirklichung dieses Zieles, damit auch die Wünsche und Träume der Proletarierkinder in Erfüllung gehen können. R. Boffe.

Ein Ehepaar wollte aus dem Leben scheiden

Der Mann tot, die Frau gerettet.

Bewohner des Hauses Lewaldstraße 25 bemerkten gestern früh einen intensiven Gasgeruch, der aus der Wohnung des Ehepaars Schwarz kam. Da auch ein aus der Küche kommendes Stöhnen vernehmbar war, wurde Polizei herbeigerufen, die die Öffnung der Wohnung veranlaßte, weil ein Unfall vermutet wurde. In der Küche waren die Wäsche geöffnet und auf einem Stuhl sitzend wurde der 47jährige Wohnungsinhaber Georg Scholz leblos aufgefunden. Seine 44jährige Ehefrau lag auf dem Fußboden und gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Sie wurde sofort in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo sie bald durch Wieder-

belebung versucht werden konnte. Aus einem in der Wohnung gefundenen Zettel ging hervor, daß die Eheleute gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten. Ueber das Motiv ist noch nichts Genaueres bekannt, da die Frau noch nicht vernunftfähig ist.

Die Pulsader aufgeschnitten

In seiner Wohnung in der Waldbergrstraße 116 wurde am Freitag nachmittags der 64jährige Rentner K. von seinem Sohn in hilflosem Zustand aufgefunden. Der alte Mann hatte sich mit einem Rasiermesser die Schlagader an der linken Hand aufgeschnitten und war durch den starken Blutverlust betäubungslos geworden. Ein herbeigerufener Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung in das Allerheiligen-Hospital, wo der Lebensmilde am Sonnabend gestorben ist. Ein langwieriges Verenden hatte den alten Mann veranlaßt, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Wer hat mehrere hundert Mark gewechselt?

Zur Aufklärung einer Anzeige sucht die Kriminalpolizei dringend einen jungen Mann, der am Sonnabend mittags an einem Schalter des Postamtes 3 mehrere hundert Mark umgewechselt haben soll. Von diesem Jungen hängt die Aufklärung eines Betrugsfalles ab.

Zusammenstoß

An der Kreuzung Waldbergr- und Scheiniger Straße stießen am Sonnabend abend ein Kraftfahrer und der radfahrende Arbeiter B. vom Ritterplatz zusammen, wobei der letztere schwere Kopfverletzungen erlitt und in das Josefskrankenhaus eingeliefert werden mußte.

Hauptgewinne der Lotterie

Folgende Hauptgewinne wurden in der Ziehung am Sonnabend gezogen: 182 820 ein massives Landhaus; 206 589 eine Dreizimmer-Wohnungseinrichtung, Wert 4000 Mark; 162 684 eine Opel-Limousine im Wert von 3500 Mark.

Arbeiter-Wohlfahrt

Oblauer Tor und Tschansch, Lebensmittelkarten vergraben. Anträge werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen.

Der Obmann:

Heinrich Hermanstorfer, Klosterstraße 88.

Abteilung 2. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten, soweit Anträge geprüft und begutachtet sind und soweit die Karten die in sehr beschränkter Zahl vorhanden sind, ausreichen, findet am Dienstag und Freitag in der Zeit von 16 bis 17 Uhr im Gewerkschaftshaus in einem Berechnungszimmer statt. Neuanträge werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen, da Karten in ausreichender Zahl nicht vorhanden sind.

Der Obmann der Abteilung 2: Georg Seiffert.

11 MARK wirkt wie gurgeln es beugt Erkältungen vor! 50

Arbeiterichter und Rechtsanwalt

Arb. bei einer Verhandlung des Bundesratspräsidenten - Wie wird die Lösung bei Arbeitslosigkeit beschleunigt werden?

Die Verhandlung des Bundesratspräsidenten...

Die Verhandlung des Bundesratspräsidenten...

Um die Arbeitslosigkeit

Um die Arbeitslosigkeit... Frau M. von ihrem Mann...

Um die Arbeitslosigkeit... Frau M. von ihrem Mann... (Fortsetzung)

Ein ungeeigneter Arbeitsamts-Angestellter

Schon einmal im Jahre 1930 hatte der Arbeitsamtsangestellte H. die Reichsanstalt für Arbeitslosenfürsorge...

Seit der Wiedereinstellung des H. haben sich aber die Leistungen des H. ganz rapide gemindert...

Das interessante Thema der Arbeitserichter...

Das interessante Thema der Arbeitserichter... (Fortsetzung)

Zu der zuerst ziemlich ruhigen Verhandlung gab es plötzlich einen heftigen Zusammenstoß...

Veranstaltungen, Konzerte, Theater...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterinnenvereine Breslau...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Reiche Arbeit für die Feuerwehr

Am Sonnabend kurz vor 17 Uhr erfolgte ein Alarm nach Feuerstraße 50...

Gestern gegen 1/3 Uhr wurde die Feuerwehr nach Wöpelwitzstraße 64 alarmiert...

Kurz vor 13 Uhr wurde die Feuerwehr nach Dyhernfurthstraße 1 in Breslau-Deutlich-Billa alarmiert...

Am 17 Uhr erfolgte ein Alarm nach Marixstraße 44...

Kurz vor 20 Uhr war an einem vor dem Grundstück Steinauer Straße 32 stehenden Kraftwagen ein Vergaserbrand durch Zerschändung entstanden...

Silberhochzeit

Heute heute Genötte Jelis Schöpka und seine Ehefrau Selma aus Neufirk...

Internationale Frauensliga für Frieden und Freiheit

Donnerstag, den 17. Dezember, 20 Uhr, im Zepher, Schmiedebrücke Nr. 23...

Schlesische Gesellschaft für Erbsunde

Mittwoch, den 16. Dezember, 20 Uhr, Hörsaal des Geographischen Instituts...

Brennintmeyer zahlt Weihnachtsgroschenspenden

Die Firma Brennintmeyer teilt uns mit, daß sie sich entschlossen hat...

Vermischtes

Ein Walfisch in der Haderslebener Förde erlegt

Im Nordland wurde am Freitag ein großer Walfisch gefischt...

Leonhardt doch Unfallopfer

Die Untersuchungen des Staatlichen Hygieneinstituts in Landsberg a. Warthe haben ergeben...

Fünfjähriges Opfer eines Wülfings

In Hunden und Fühen gefesselt und mit einem Knebel im Munde wurde in der Kuruper Feldmark bei Altsena ein fünfjähriges Mädchen aufgefunden...

Altes Aderbaugerät

Bei Grabungen auf dem biblischen Berge Karmel in Nordpalästina wurden vor 6000 Jahren angefertigte Sichel aus Bronze...

Todesurteil in Greifswald

Vom Greifswalder Schwurgericht wurde der wegen Mordes an dem 60jährigen Nachtwächter des Gutes Schlemmin, Fritz Iowski zum Tode verurteilt...

Der vielseitige Einsänzer

In einem der elegantesten Nachlokale von Warschau wurde ein Einsänzer verhaftet...

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Veranstaltungen, Konzerte, Theater...

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kried

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Aus Stationen beginnen erneut örtliche Kälteeinbrüche...

Geschäftliches

Empfangsgeräte für groß und klein! Für den Aufbruch zum Erfolg...

Table with 2 columns: Item, Price. Includes items like Kaffee, Zucker, etc.

Advertisement for 'Nichts ist häßlicher als rote Hände'...

Schweigen im Walde

Der Notverordnungsminister hat sich eigentlich recht schnell über die Notlage der Arbeiterschaft im Winter 1931/32 ausgesprochen. Die Reichsregierung hat sich nicht mit ihrer Notverordnung auf eine gute Presse eingelassen, sie hat aber deswegen nicht zu solchen Schlägen...

Die Ruhe, mit der die Notverordnung bei den Arbeitern angenommen worden ist, ist die Ruhe eines für den Augenblick untergeordneten Jokes. Des Jokes darüber, daß sie wieder die schlimmste Last aufgeschoben bekommen hat. Das der Staat nicht zuletzt in den politischen Machtverhältnissen...

Nicht alle, die über die Notverordnung schweigen, schweigen aus Wohl. Sie können sich schon eher mit ihrem Wachen abgeben. In der Lohnfrage, im Kernstück der Notverordnung, werden sie z. B. nur, wie es loben der Verband Berliner Metallindustriellen getan hat, darauf zu beschränken, die Anwendung der Notverordnung zwecks Neuregelung der Lohnhöhe zu beantragen. Wie sehr die Regierung den Arbeitgebern in Lohnfragen ihre Wünsche erfüllt hat, verriet auch der Reichsminister, der die Arbeiter mit dem Aufschrei: „Die Lohnfrage muß zur Ruhe kommen“ zu beruhigen versuchte.

Wiederum — jetzt muß sie bald zur Ruhe kommen, diese Lohnfrage der Regierung Berlin. Denn nun ist wirklich nichts mehr an den Lohnfragen abzuhauen.

Der Hungerlohn ist erreicht.

Die in der Presse der christlichen Gewerkschaften kann man, obwohl dort aus naheliegenden Gründen in der Kritik der Notverordnung stärkste Zurückhaltung geübt wird, deutlich genug etwas wie Trauer über den nun hoffentlich endlich letzten Akt der Lohnabbaupolitik beobachten. Auch bei den Christen stellt man sich einmütig fest, daß bei den Lohnsenkungen, die vor der Notverordnung durchgeführt wurden, Verminderungen der Entlohnung um 30 bis 40 v. H. keine Seltenheit waren. Ob die durch die neue Notverordnung einfließende Schumpfung der Kaufkraft — so fragt man mit Bangen — nicht zu einem weiteren Erliegen der deutschen Wirtschaft führe, bleibe abzuwarten.

Der Lohnabbau, der jetzt ganz allgemein an eine Tarifsetzung bis zu 25 Prozent herantritt, ist auch nach der Auffassung der Christen nur dann erträglich, wenn die durch die Notverordnung versprochene Preisentlastung ungehäumt eintritt.

Der neue Preisminister Dr. Girdeler hat seine Abbaupolitik begonnen. Als kluger Mann hat er aber rechtzeitig vor. Er sagt, er sei kein Wunderhalter. Die Preisabbaupolitik hat in erster Linie tatsächliche Bedeutung: Sie ist eine Entlastungsmaßnahme für die Regierung.

Die Preisabbaupolitik wird die Desorientierung solange beschäftigen, wie sie sich — die Zeit heilt ja so manchen Schmerz — mit dem neuen Lohnabbau vielleicht abgefunden hat.

Die Arbeitgeber haben in der Lohnfrage ihren Willen durchgesetzt. Was aber wird die Folge sein? Schwächung der Kaufkraft der Volksmassen, Zerrüttung des inneren Marktes, Beunruhigung und Desorientierung der Wirtschaft, Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Und wenn all diese Folgen in Erscheinung treten, wenn die Landwirte, die Kleingewerbetreibenden, die Lebensmittel- und Kolonialwarenhändler und die Handwerker zusammen mit den Arbeitern die Forderung des neuen Lohnabbaus nicht haben, und wenn das deutsche Lohndumping durch Zoll- und Inflationsschutzmaßnahmen des Auslandes stumpf gemacht werden ist, dann — ja dann werden die Arbeitgeber von neuem gegen die Gewerkschaften lossetzen, weil dann wieder die Gehaltsverluste immer noch nicht genügend gelenkt sind. Sehr wahrscheinlich werden dann auch die Arbeitgeber von neuem entscheiden, daß die Lebensweise des deutschen Volkes noch nicht einfach genug geworden ist.

Faßpredigten für die — Anderen sind ja bereits Mode.

Auch der Reichsarbeitsminister hat seinen Lohnabbauschutzversuch auf der Verammlung der Münchener Zentrumspartei in eine Faßpredigt auslingen lassen und betont, die Zeit der Illusionen sei jetzt endgültig vorbei, in den nächsten Jahren entständen keine prunkhaften Hotels mehr, keine komfortablen Rathäuser, keine großen Reizebauten und Ausstellungen, keine luxuriösen Krankenhäuser, Regierungs- und öffentlichen Gebäude, und Deutschland werde sich auch nicht mehr die komfortabelsten Labeneinrichtungen der Welt leisten können und selbst die Verpackung und Darbietung der Waren werde sich vereinfachen — der Pfennig werde wieder zur Geltung kommen. In dieser Kritik des Bspredigers Stegerwald steckt ganz gewiß ein richtiger Kern.

Der Großlohn und Großprozent hat sich in den letzten Jahren leider an allen Ecken und Enden im Geschäft, in der Verwaltung, in der Politik und in der Gesellschaft immer häufiger ausgebreitet.

Aber der Reichsarbeitsminister hätte sich nicht mit einer halben Wahrheit begnügen sollen. Das blickt der Lohn- und sozialpolitische Fortschritt, das von den Gewerkschaften für die breiten Massen herausgeholt wurde, war wahrhaftig ein Luxus; denn diese Massen hatten sich kurz zuvor erst durch die Inflation durchgehungen und in vielen, vielen Fällen waren sie die verlorenen gegangenen Spargroschen von neuem zusammengeparnt. Jedenfalls haben die Arbeiter mit ihrer Lohnpolitik die Wirtschaft nicht geschädigt. Seit der Stabilisierung ist die Wirtschaft nicht gesunken, sondern auch die Produktion nur der Lohn gestiegen. In der Statistik der Reichsregierung und pro Stunde um rund 20 Prozent, der Reallohn dagegen, wie loben die „Gewerkschaftszeitung“ in ihrer Kritik der Lohnabbaupolitik der Notverordnung feststellt, auf etwa 9 Prozent. Das ist ein unwirtschaftlicher Überhöhung der deutschen Löhne kann also keine Rede sein.

Ein armes Land, sagt der Reichsarbeitsminister, kann sich nicht wieder emporarbeiten, wenn es ein billiges Land wird. Deutschland aber zähle schon seit Jahren zu den teuersten Ländern der Welt. Wird dieses arme Deutschland aber jetzt nach den neuesten Notverordnungen auch für den Arbeiter ein billiges Land? Wenn die Waren billiger werden — kann es dann der Arbeiter mit seinen Hungerlöhnen auskommen? Die Antwort der Gewerkschaften lautet wenig tröstlich. Sie sagen: „Letzten Endes wird nur das Geld immer teurer und teurer, seine Aufwertung (durch die gleichzeitige Senkung der in Geldeinheiten ausgedrückten Löhne und Preise) bedeutet aber eine Aufwertung der Schulden, deren Last ins Untragbare hinaufwächst. Es wird — in erster Linie auf Kosten der Arbeiterschaft — eine wahnsinnige Deflation getrieben, die ein armes und verelendes Land mit jedem Tag näher zum Abgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bringt.“

Einheitsverband u. Notverordnung

Ablehnung der Verschlechterungen

Der Gesamtvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat zur neuen Notverordnung eine Stellung genommen. Er lehnt ihre Verschlechterungen für die Arbeiter ab.

Bei aller Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage sollte es gegenüber der Verordnung in allen ihren Teilen, die einen Eingriff in den Tarifvertrag, einen Abbau der Löhne

und Gehälter und der letzten Bestimmungen enthält, nur ein eindeutiges Nein. Unrechtmäßig wurde die Arbeiterliste unerschütterlich hart mißt. Das Fortleben der Regierung, die Lebenshaltungskosten zu erhöhen, ist unzulässig zu begründen. Senkung der Entlohnung jedoch ausreicht, müße jede weitere Senkung des Einkommens der Arbeiterschaft die betrübende Not bis zur Unmöglichkeit verschärfen. Den geplanten Tarif- und Preisentlastungen gegenüber habe eine bedeutende Erhöhung der Löhne, die preissteigernd wirke. Wenn der Inflationsteil Lohnabbau eintritt, so erhalte zum Beispiel ein wohnungsloser, verheirateter Bahnunterhaltungsarbeiter im Winter um einen Stundenlohn von 40 bis 50 Pfennig bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 45 Stunden pro Woche. Für denartigen Lohn habe er die geringste Verantwortung zu übernehmen, sei eine glatte Unmöglichkeit.

Der Vorstand des Einheitsverbandes erwartet von den Spitzen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, daß sie den geplanten Verschlechterungen entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Die neuen Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie

brachten keine Einigung. Das Lohnabkommen wurde lediglich bis zum 31. Dezember verlängert. Die Gewerkschaften lehnten es ab, darüber hinaus für die Zeit ab 1. Januar eine Vereinbarung zu treffen. Die Arbeitgeber müssen also den Schlichter antufen.

Bundestagung des ADGB

Falkenberg für die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten

Der dem Allgemeinen Deutschen Beamtensbund angeschlossene Bund der Beamten und Angewandten der Reichs- und Staatsverwaltungen, dem die Beamten aller Dienstgrade der Regierung des Reiches und der Länder, der Hochschulen und der gesamten Reichs- und Staatsverwaltungen angehören, trat am Sonnabend in Berlin zu seinem ordentlichen Bundestag zusammen.

Der Bundesvorsitzende des ADGB, Falkenberg, betonte in seiner Begrüßungsansprache, die Notverordnung und die allgemeine politische Lage zeige zur Genüge, wie notwendig die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei. Daß es für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig sei, was für ein Geist unter der Beamtenschaft herrsche, habe die letzte Zeit eindeutig bewiesen. Auch diese Tagung müsse und werde zeigen, daß die im Bund der Beamten und Angewandten der Reichs- und Staatsverwaltungen organisierten Beamten mit der neuen Zeit geistig aufs engste verbunden sind.

Kocher vom ADGB sprach über die beamtenpolitische Lage. Er beschäftigte sich eingehend mit den Auswirkungen der Notverordnung auf die Beamtenschaft.

Ein netter Schorsch

Man wird gelächelt. Es gibt immer noch Handwerker, die nicht wissen, was sie für Pflichten und Rechte gegenüber den ihnen anvertrauten Lehrlingen haben. Sie sind der Meinung, ein Lehrling ist lediglich nur Ausbeutungsobjekt, mit dem sie umgehen dürfen, wie sie wollen. Der Handwerker Karl Wellner, Nikolaistraße 15, hat am Sonnabend morgen seinen Lehrling berart mißhandelt und blutig geschlagen, daß er arbeitsunfähig wurde. Ein besonderer Anlaß lag dafür gar nicht vor. Die Lehrlingsmishandlung vor dem Gericht gestanden haben soll, sollte man das halten von Lehrlingen unterlagen. Auch die Erziehungsmaßnahmen sollen da ganz überdars sein, indem nicht nur die Lehrlinge mit Mißhandlung und derartig schönen Ausdrücken betitelt werden, sondern auch die Kundschäft, die Hausabnahme bringt, mit nicht wiederzugebenden Titeln bebadet werden. Die Anglegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben und hoffentlich wird dieser Lehrherr befehlt, wie er sich Menschen gegenüber zu benehmen hat.

Das Deutsche Anklagenbuch teilt mit: Die Abschreibungen der zum Deutschen Anklagenbuch gehörenden Kammerwerke im November 1931 betragen 385 210 Doppelzentner Reinstahl. Die Abschreibungen in den ersten sieben Monaten (Mai bis November 1931) des laufenden Düngejahres betragen 4 132 460 Doppelzentner Reinstahl.

Die Notverordnung treffe ganz besonders schwer den mittleren und unteren Beamten. Sie stelle für sie eine kaum erträgliche Belastung dar. Es seien bereits Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und den Gewerkschaften zur Beseitigung der Härten in Aussicht gestellt. Ob sie Erfolg haben, ersehe man nach allem, was über die Entlohnung der Reichsregierung hinsichtlich des unbedingten Festhaltens an der Notverordnung verlautet, sehr fraglich. Entscheidend für den Ausgang dieser Verhandlungen seien leider die machtpolitischen Verhältnisse. Der Vormarsch der Nazis müsse gebrochen werden. Unmöglich sei das nicht, wie die jüngsten Wahlen in Württemberg zeigten. Wie im Dritten Reich mit den freigewerkschaftlich organisierten Beamten umgeplant werde, dafür habe Dr. Fried in Thüringen ein anschauliches Beispiel gegeben, als er dem thüringischen freigewerkschaftlichen Polizeibeamtenverband die Zugehörigkeit zum ADGB verboten habe. Aufgabe auch der freigewerkschaftlichen Beamtenschaft müsse es sein in verstärktem Maße, dazu zu wirken, daß dem deutschen Volke die Segnungen des Dritten Reiches erspart bleiben.

Breslauer Berufsschulwesen

Entwicklung und Aufbau der Berufsschulen in Breslau Die Gefahren eines drohenden Unterrichtsabbaues

Ueber alle mit dem Breslauer Berufsschulwesen zusammenhängenden Fragen sprach in der letzten Ortsausbildung des ADGB, Berufsschuldirektor Genosse Ritschke und gab neben der Erörterung der augenblicklichen Gefahren für die Berufsschulen auch einen geschichtlich interessanten Überblick über die Entwicklung dieses Schulzweiges und seinen allmählichen Aufbau.

Der Gedanke, Schulen für die in der Berufsausbildung stehenden Jugendlichen zu schaffen, ist — wie der Redner bemerkte — etwa 150 Jahre alt, aber nur sehr langsam sind die entsprechenden Pläne verwirklicht worden. Schulen solcher Art wurden von einzelnen Innungen eingerichtet, in deren Mittelpunkt die berufliche Fachausbildung stand. In Breslau nahmen die Fragen der Einrichtung des öffentlichen Fach- und Berufsschulunterrichts erstmalig um die Jahrhundertwende greifbare Formen an und das Jahr 1904 brachte die Schaffung eines Ortsrats, das die Lehrlinge zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtete.

Sehr eingehend stellte Genosse Ritschke sodann die einzelnen Phasen der Aufwärtsentwicklung des Breslauer Berufsschulwesens dar, die mit dem Ausbruch des Krieges jäh unterbrochen wurde. Die fünfte bestehende Schule mußte wieder abgebaut werden. Die Nachkriegszeit brachte sodann die Gründung einer sozialen Frauenschule und auch ein Gewerbeschulrinnenkolloquium kam nach Breslau, aber es wurde auch notwendig, die beiden kaufmännischen Berufsschulen zusammenzulegen und die Zahl der gewerblichen Berufsschulen von vier auf drei zu verringern. Durch die Eingemeindung wurde jedoch wieder eine Erweiterung notwendig. Schließlich ging der Redner auf die Gliederung der zurzeit bestehenden fünf Berufsschulen ein und

hab die pädagogische Seite des Fachunterrichts hervor, die in dem Zeitalter der Rationalisierung auch in der Berufsausbildung, also auch von der wirtschaftlichen Seite für den Lehrling von außerordentlicher Bedeutung ist. Auch zu der geplanten Einführung des Religionsunterrichts nahm Genosse Ritschke noch Stellung und appellierte an die Gewerkschaftsvertreter, sich dem geplanten Abbau des Berufsschulunterrichts im allgemeinen und des Wertunterrichts im besonderen entgegenzusetzen.

Ergänzende Ausführungen machte sodann noch Genosse Grunzschel, der Leiter der Berufsschule für Kunstgewerbe. Für diese Berufsschüler sei die Schulspflicht besonders deshalb nachteilig, weil ihr nicht auch die Pflicht zur Bezahlung der Schulzeit gegenüberstehe. Obwohl in diesen Schulen eine bestimmte Fachausbildung nicht als das Primäre anzuspprechen ist, erweise sich doch der Wertunterricht auch in den Berufsschulen der Ungelernten als ein pädagogisches Hilfsmittel, auf das nicht verzichtet werden könne. Angesichts der Abbaupläne sei es ratsam, die Gelder, die für Erwerbslosenunterstützung gegeben werden, lieber für den Ausbau des Berufsschulunterrichts zu verwenden. Bei allen Abbaumaßnahmen sei zu bedenken, daß Breslau gegenwärtig den Tiefstand in der Schülerzahl erreicht habe, jedoch für das Jahr 1934 bereits wieder ein Ansteigen der Schülerzahlen als sicher angenommen werden muß.

Den beiden beifällig aufgenommenen Berichten folgte eine Aussprache, an der sich die Kollegen Ruffert, Zühlke, Riesewetter und Prause beteiligten. Im Schlußwort rief die Redner noch auf die gestellten Fragen ein. Eine Anzahl ausgelegter Gegenstände aus dem Wertunterricht trug zur Veranschaulichung der Erfolge der Fachausbildung wesentlich bei.

Die Not in Ostoberschlesien

Die Arbeiter und die Arbeitslosen nagen am gleichen Hungerloch

In Schwientochlowitz sind mehr als 1000 Arbeiter der Belegschaft der Falda-Hütte zum 1. Januar gekündigt worden. Daraufhin begab sich eine Kommission der Gemeindevertretung zum Wojewoden von Schlesien, um gegen diese Massenentlassungen zu protestieren. Der Wojewode erklärte der Delegation, daß er sich mit seiner ganzen Autorität gegen diese und ähnliche Massenentlassungen einsetzen werde. — Die geplante Einstellung der Königschütte für die Dauer von vier Wochen war Gegenstand einer Besprechung in einer Belegschaftsversammlung der Hüttenbetriebe. An der Versammlung nahmen etwa 3000 Arbeiter teil und die Debatten trugen einen stürmischen Charakter. Die Einstellung der Königschütte wurde als eine viel zu weitgehende Maßnahme scharf angegriffen. In einer Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß „die Arbeiterschaft schon ganz ebenso wie die Arbeitslosen am Hungertuch nagen muß“. Wenn die Ver-

waltung der Königschütte wirklich alle Betriebe für einen Monat schließen sollte, so müßte den betroffenen Arbeitern für diesen Monat die volle Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt werden.

Achtung! Freigewerkschaftliche Betriebsräte

Morgen pünktlich 19,30 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: 4. Schulungsabend der Gruppe „A“ Teilnahmeberechtigt sind nur die mit grüner Karte belieferten Betriebsräte.

Protest gegen Lohnabbau

Bezirk Mittelschlesien der SPD. zur politischen Lage

Die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratie Mittelschlesiens faßte gestern einstimmig folgende Entschliessung: Die Bezirkskonferenz erhebt ihren Protest dagegen, daß in der 4. Notverordnung abermals die Gehälter und Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten gesenkt werden, ohne daß Gewähr für eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten besteht. Die eingeleiteten Preissteigerungen sind ebenso ungünstig wie unsicher. Besonders schmerzhaft erhebt die Konferenz gegen den gewalttätigen Eingriff in das Tarifrecht, weil dadurch eine Hauptursache der Arbeiterklasse auf schwerste gefährdet wird.

Die Konferenz verlangt von der Reichsregierung, daß sie die in der 4. Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen, die eine Preissteigerung zur Folge haben sollen, nun auch mit aller Schärfe anwendet und jede Möglichkeit ausnützt, um eine möglichst starke Senkung der Lebenshaltungskosten zu erreichen. Scharfe Zwangsmassnahmen gegen alle, die mit den Preisen nicht entsprechend der erfolgten Kostensenkung heruntersinken, sind unerlässlich. Die Bezirkskonferenz verlangt von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich den schärfsten Kampf gegen die Nationalsozialisten ausnimmt und die parlamentarische Demokratie, die Freiheit des deutschen Volkes gegen brutale und blutdürstige Unterdrücker mit aller Kraft und Entschlossenheit verteidigt. Die Auffindung der Vorkämpfer Blutdokumente, deren Inhalt durch zahlreiche gleiche Neuherungen führender Nationalsozialisten bestätigt sind, haben den Beweis geliefert, daß die Nationalsozialisten die Absicht haben, nach Ergreifung der Macht ihre Gegner zu ermorden, alle politischen Freiheiten des Volkes, alle Rechte der arbeitenden Massen zu zerstören.

Den Kampf gegen den Faschismus, um die Freiheit der Arbeiterklasse und die Erhaltung der Volksrechte muß vor allem aber auch die Arbeiterklasse selbst führen. Der arbeitenden Bevölkerung drohen von dem Faschismus ungeheure Gefahren. Die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse greifen nach der Macht im Staat, deshalb muß diese selbst alle Kraft zusammenrufen, um den Antikommunismus zurückzuschlagen. Die Lage ist sehr ernst. Deshalb darf keiner heute zurückweichen; der Kampf ist durchaus aussichtslos. Zu Kleinmut und Verzweiflung besteht nicht der geringste Anlaß. Gerade in der Stunde der Gefahr bewährt sich der wirkliche Klassenkämpfer, gerade dann aber wachsen auch die Kräfte der Abwehr. Wenn die Arbeiterklasse sich nicht selbst aufgibt, wird niemand sie überwinden können. Außer Entschlossenheit tut aber auch Besonnenheit not. Wilde Aktionen einzelner würden nur die Schädigen, die sie unternehmen, ohne den Gegner zu treffen.

Wenn wir Mut und Selbstbewußtsein nicht verlieren, werden wir auch diesen Winter der Not und Gefahr überwinden. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft hat schon viel schwerere Kämpfe siegreich durchgeföhrt und wird auch diesen Kampf bestehen. Die Konferenz hat zu den selbst erwählten Parteinstanzen und zur Reichstagsfraktion das feste Vertrauen, daß sie auch in dieser Stunde der Gefahr den Weg finden wird, der allein die Zukunft der Arbeiterklasse und ihren endgültigen Sieg verbürgt.

Zurückbar ernst ist die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland, ernst und verantwortungschwer die Entscheidung, zu der die neueste Notverordnung der Regierung Brüning die politische Organisation der Arbeiterschaft zwingt. Ernst und verantwortungsbewußt war demgemäß die Stimmung der gestrigen Bezirkskonferenz der mittelschlesischen Parteioffiziere, die sowohl des 25-jährigen Bestehens der Bezirksorganisation gedachte, als auch in gründlicher Aussprache die Probleme der gegenwärtigen politischen Lage und die Erfordernisse der kommenden politischen Kämpfe (Reichspräsidentenwahl und Reichstagswahl) erörterte. Das Ergebnis fand in der oben wiedergegebenen Entschliessung seinen Ausdruck.

Die Konferenz wurde stimmungsvoll durch Musikvorträge freiorganisierter Musiker eingeleitet, worauf Bezirksvorsitzender Genosse Lehmann die Gäste und Kreisvertreter begrüßte, und anschließend einen Überblick über das Wachstum der Parteioffiziersorganisation des letzten Vierteljahrhunderts im Zuge des geschichtlichen Geschehens gab. Auch heute, bekannte der Redner, ist ungeachtet der erzielten Fortschritte, des starken Einbruchs in die mittelschlesische Kommunalpolitik, der Obzivilisationspolitik nicht vor, sondern feiert seine Ursprung in der Hitlerbewegung, findet Unterstützung in der Bürokratie; auch heute gilt die Arbeit der Ermüdung des Marxismus gegenüber dem Militarismus der Hitlerbewegung, deren wirkliche Zielsetzung sich in dem Satz offenbart, daß es „ein Oben und ein Unten“ geben müsse. Zieht man den Vergleich mit ehemals, so wird man allerdings, trotz manchem Fortschritt, doch mit einem gewissen Leid auf die Arbeitslosigkeit der Genossen vor 25 Jahren in einer einzigen Arbeiterbewegung zurückblicken müssen, während heute unendlich viele Hemmnisse aus der Spaltung der politischen Richtung entstehen.

Landtagsabgeordneter Genosse Winger

hielt hierauf das politische Referat. In mehrstündiger Rede gab er, ausgehend von der Weltwirtschaftskrise, einen Überblick über die politische Lage. Er betonte mit Nachdruck, daß es nicht gelte, nach dem Rezept der Nazis Frankreich, Polen oder sonst wem die „Schuld“ aufzubürden, sondern in marxistischer Analyse die Ursache der Krise aller Länder des kapitalistischen Wirtschaftsbereiches in der Wirtschaftsanarchie des kapitalistischen Systems zu erkennen, aber auch zu begreifen, wie gefährlich reaktionäre wirtschaftliche Maßnahmen im Ausland, beispielsweise die Hochschulbewegung Englands, für die deutsche Wirtschaftsentwicklung zu werden drohen. Das Ziel ist für uns die planmäßige Bedarfswirtschaft, in der keine Arbeitskraft ungenutzt

Die Aussprache zur politischen Lage

war überaus angeregt und lebhaft. Die verschiedenen Bewertungen der Notverordnungsmaßnahmen wurden ebenso eingehend erörtert, wie die Frage der einzulagenden Taktik diskutiert. Als erster Redner sprach Genosse Bierke vom Bezirksauschuß des A.O.B., der sich mit der Präsidentenwahl, den aktuellen Problemen der Sozialdemokratie, der Lage der Hochschulen in der Wirtschaftskrise, die in der Auswärtslosigkeit ihrer Lebenslage dem Radikalismus verfallen, und der Lohnpolitik befaßte. Er stellte fest, daß der Abbau unerträglich sei, fand aber die Stellung des Breslauer Gewerkschaftsartikels vor der Stellungnahme der Zentralinstanzen nicht als angebracht. Mehr wie bisher müsse die Arbeiterschaft in Zusammenhang mit der Preisentlastungsfrage die Waffe des Boykotts anwenden. Reichstagsabgeordneter Genosse Wendrath-Baldenburg hält trotz unzureichender Maßnahmen eine gewisse Entlastung bei den Preisen für wahrscheinlich und forderte in erster Linie Ausrichtung des Kampfes gegen den Faschismus. Wenn auch derzeit der Reichstag nicht einberufen würde, so werde er doch sicher spätestens im Februar zusammentreten. Einheitsfront mit den Gewerkschaften sei in jedem Fall oberstes Gebot der Stunde.

Genosse Gupar-Schiffers-Breslau-Land unterstrich aus der Erfahrung der Landorganisation, daß die schweren Eingriffe in die Lebenslage des Landproletariats in der Notverordnung nur noch hingenommen werden könnten, wenn demgegenüber scharfe Stellung der Staatsgewalt gegen den Faschismus Wirtschaftspolitik würde. Genosse Kalksch-Langenscheidt schilderte anschaulich das Elend der Eulengebirgsweber in der Krisenzeit, forderte Garantien wirtschaftlicher Art und Maßnahmen gegen antisozialistische Beamte. Genosse Kalksch-Breslau-Stadt befaßte sich mit der Vergiftung des politischen Kampfes. Scharf wandte er sich gegen die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen gegenüber republikanischen Organisationen. Durchgreifende Maßnahmen, auch gegen antisozialistische Beamte müssen gefordert, wirkliche Garantien wirtschaftspolitischer Art von Brüning zugestanden werden. Genosse Hoppe-Schweidnitz trat für die weitere Tolerierung ein, spricht sich aber für eine aktivere Stellungnahme gegenüber den politischen Tagesereignissen aus und hält die Auflösung der SA für eine Vor-

bedingung der weiteren Stellung der Sozialdemokratie gegenüber Brüning. Technisch äußert sich Genosse Landtagsabgeordneter Hamburger, der scharf kritisiert, wie langsam und zögernd die Reichsregierung gegenüber den Kaiser-Hotel-Interviews Hitlers reagiert habe. Nur wenn das, was Brüning im Rundfunk sagte, nicht Worte bleiben, kann positive antifaschistische Politik mit ihm getrieben werden. (Beifall). Belebung der Aktivität erfordert die Freigewählung, die entgegen manchem Gerücht stattfinden werden. Eingehend besprach Genosse Hamburger auch die Fragen der Preisentlastung, Zinsentlastung und der Besitzergreifungspolitik, die im Widerspruch von der Reichsregierung in der Richtung des Hausbesitzes und des ostelbischen Grundbesitzes gerichtet wird. Einen Abbruch von der jetzigen taktischen Stellung der Partei hält Genosse Hamburger nicht für möglich, in den nächsten Monaten aber nicht für ausgeschlossen. Daher gelte es, sich auch für außergewöhnliche Kampfstellungen zu rüsten. (Lebhafter Beifall).

Mit allgemeinem Temperament ging Bürgermeister Genosse Rade hierauf mit der Notverordnung ins Gericht und betonte vorab die Notwendigkeit, sich nicht durch stimmungsvolle Versammlungen über die wahre Verzweiflungssituation im Proletariat täuschen zu lassen. Daher gelte es auch die taktische Stellung der Partei ernsthaft zu überprüfen, insbesondere sich nicht etwa in eine Verteidigungslinie für die Regierung Brüning-Schlange-Schöninggen-Trebranus drängen zu lassen. Er vernichtete beim Referenten das Adjektiv „unerträglich“ in bezug auf die Notverordnung, die ausschließlich dem Empfinden nach unzweifelhaft abgelehnt werden müsse. Besonders schwer müßten die Halbescheiten der Zoll- und Wirtschaftspolitik beurteilt werden; warum werde denn nicht beispielsweise der deutsch-polnische Handelsvertrag durch Notverordnung ratifiziert? Von unten nach oben muß nun allerdings eine einheitliche Linie der Stellungnahme der Arbeiterschaft herbeigeführt werden und wenn weiter toleriert werde, so nur unter dem Gesichtspunkt, daß Brüning nach dieser Notverordnung nicht aus der Haftung entlassen werden darf, seine Wirtschaftspolitik zu Ende führen müsse. Mit Sachlichkeit aber mit Schärfe müsse aber auch dem Zentrum gegenüber der Grenzstrich gezogen, vor allem nicht vergessen

werden, daß es den Vorteil der Sozialdemokratie sei, die Klassenkämpfe nicht mit dem Faschismus zu verwechseln, sondern die Arbeiterklasse zu befreien. Die neue Notverordnung hat nun zwar erstmalig die starke staatliche Eingriffe in das privatkapitalistische Gefüge des Wirtschaftslebens gebracht, aber nicht in unserem Sinne; insbesondere nicht zu Gunsten einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitszeit, die allein eine Entlastung der Arbeitslosen bedeuten hätte. Auf dem Wege, der von nationalsozialistischer Seite in Breslau allen Erstes in Aussicht gestellt wurde, die Arbeitslosen in die Wälder zu schicken, um Galgen für die Juden herzustellen zu lassen, werde wohl auch keine Entlastung ergehen. (Seitertzeit). Genosse Winger setzte sich weiter mit den utopischen Vorschlägen der Nazis und des Stahlhelms hinsichtlich der Arbeitsdienstpflicht, mit dem Heßendokument als Symptom der faschistischen Programmatis, mit der unterbunten Zusammenfassung der Nazi-Partei, der in ihr daher wirklichen Klassenkräfte auseinander und behandelte schließlich eingehend die Frage weiterer Tolerierung der Regierung Brüning, indem er eine anschauliche Uebersicht über die wichtigsten Bestimmungen der Notverordnung gab. Scharf wandte er sich dabei gegen die dekretierte Lohnsenkung, der eine Preisentlastungsaktion mit ungenügender Unterlage und eine Zinsentlastung gegenüberüberstände, deren Ergebnisse auch noch recht zweifelhaft seien. Die erhöhte Umsatzsteuer trage sicherlich nicht zur Preisentlastung bei, ebenso wie der Wehrnachschub — die Vorgänge in Berlin erweisen dies — kaum die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen und die übrigen einschränkenden Preisbestimmungen die größten Bedenken erwecken. Es ist nachdrücklich zu fordern, daß nun nicht etwa gegen die Kommunisten, sondern gegen den Faschismus Front gemacht werde. Antragbar werde die politische Situation, wenn nun weiterhin etwa die Republikaner (Abzeichenverbot etc.) mit den Nordbanditen Hitlers über einen Kamm geschoren würden.

Die kommenden großen politischen Kämpfe, die Präsidentenwahl und die Wahl zum Preussischen Landtag wurden von dem Referenten ebenfalls ausführlich behandelt und die Vorbereitung der Organisation hierauf von ihm gefordert. Genosse Winger schloß mit der Bemerkung, daß unzweifelhaft die Geschlossenheit der proletarischen Bewegung im Ablauf der geschichtlichen Entwicklung stärker sein wird als die Nazi-Bewegung und betonte, bei der Frage der Tolerierung, die die Fraktion am Montag zu entscheiden habe, werde es mit ausschlaggebend sein müssen, ob und wie die Reichsregierung nun gegen den faschistischen Terror aufzutreten gedente.

Ein Begrüßungsschreiben der Bezirksorganisation Görlitz, das Genosse Lehmann verlas, unterstrich anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Bezirkssekretariats Mittelschlesien die enge Verbindung der schlesischen Sozialdemokratie. Im gleichen Sinne alter Kampfverbundenheit entbot der Bezirksvorsitzende dem Genossen Seibold, der über ein Jahrzehnt in Kämpfen in norddeutscher Kampffront mit der Reaktion des Junkertums stand, ein herzliches Willkommen in Breslau.

bedingung der weiteren Stellung der Sozialdemokratie gegenüber Brüning. Technisch äußert sich Genosse Landtagsabgeordneter Hamburger, der scharf kritisiert, wie langsam und zögernd die Reichsregierung gegenüber den Kaiser-Hotel-Interviews Hitlers reagiert habe. Nur wenn das, was Brüning im Rundfunk sagte, nicht Worte bleiben, kann positive antifaschistische Politik mit ihm getrieben werden. (Beifall). Belebung der Aktivität erfordert die Freigewählung, die entgegen manchem Gerücht stattfinden werden. Eingehend besprach Genosse Hamburger auch die Fragen der Preisentlastung, Zinsentlastung und der Besitzergreifungspolitik, die im Widerspruch von der Reichsregierung in der Richtung des Hausbesitzes und des ostelbischen Grundbesitzes gerichtet wird. Einen Abbruch von der jetzigen taktischen Stellung der Partei hält Genosse Hamburger nicht für möglich, in den nächsten Monaten aber nicht für ausgeschlossen. Daher gelte es, sich auch für außergewöhnliche Kampfstellungen zu rüsten. (Lebhafter Beifall).

Genosse Lehmann verwies abschließend auf die allgütige getretene Forderung nach härterer Aktivität des Genossen gegen den Faschismus, der aber auch nicht überschätzt werden dürfe, denn den 6,5 Millionen Nazisimmen stehen immer 13 Millionen Stimmen der proletarischen Parteien gegenüber. Aktivität der Parteigenossen bedinge allerdings auch die der Arbeiter in den Betrieben, vollsten Einsatz und Kritik. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie dem gemeinsam gesungenen Rotgardistenmarsch wurde die Konferenz in vorgeschrittener Abendstunde geschlossen.

Im Schlußwort

schloß sich Genosse Winger mit den verbindlichen Geschlossenheit der Diskussionsredner auseinander und forderte zum Einheitskampf der Parteigenossenschaft im weiteren Kampf auf. oben wiedergegebene Entschliessung wurde dann einstimmig angenommen.

Genosse Lehmann verwies abschließend auf die allgütige getretene Forderung nach härterer Aktivität des Genossen gegen den Faschismus, der aber auch nicht überschätzt werden dürfe, denn den 6,5 Millionen Nazisimmen stehen immer 13 Millionen Stimmen der proletarischen Parteien gegenüber. Aktivität der Parteigenossen bedinge allerdings auch die der Arbeiter in den Betrieben, vollsten Einsatz und Kritik. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie dem gemeinsam gesungenen Rotgardistenmarsch wurde die Konferenz in vorgeschrittener Abendstunde geschlossen.

Ist Landrat Peuter Nationalsozialist? Eine klärungsbedürftige Angelegenheit

Der „Schlesische Beobachter“ bringt seiner letzten Ausgabe eine Angelegenheit Sprache, die den dem Zentrum angehörigen Landrat Dr. Peuter in Glas betrifft und wohl durch eine amtlichen Klärung bedarf. Das nationalsozialistische Blatt berichtet:

„Dr. Peuter besuchte am 14. April in Breslau das beliebte Vergnügungsort „Charlotti“ und trank, wie man behauptet, sehr ausgiebig zu tun gewohnt ist, mehr als er anderswo trinken konnte. Auch dagegen wäre absolut nichts (Lose Betrunktheit gehört offenbar zum Begriff der nationalsozialistischen) Manneswürde. Die Redaktion, zu der sich Herr Peuter nicht in der dritten Morgenstunde so „dann benommen hätte, wie man das von einem Zentrumsmann erwartet.“

Herr Peuter pöbelte nämlich in betrunkenem Zustand im Lokal befindlichen Juden an, (man stelle sich vor, ein Zentrumsmann) und belästigte in der unfähigsten Weise im Lokal befindlichen weiblichen Gäste.

Den Juden und anderen Gästen wurde das Benehmen Herrn Landrats schließlich doch zu dumm, zumal Dr. Peuter sogar tätlich wurde. Man holte die Polizei herbei. Ein Beamter versuchte, den Herrn Landrat unauffällig aus dem Lokal zu entfernen. Landrat Peuter beantwortete dieses löbliche Verhalten des Polizeigewaltigen mit einer wüsten Schimpf- und Berufung auf seine Immunität als Landtagsabgeordneter und in seiner Eigenschaft als Landrat erzielte er dem Zentrumsmann den „Befehl“, das Lokal zu verlassen.

Er bezeichnete den Polizeibeamten als „Beschützer Judenlumpen“ und erklärte in einer wüsten Schimpfrede werde dafür sorgen, daß dieses System endlich beseitigt werde. Schließlich wurde Dr. Peuter gegen den Portier der Charlotti tätlich und schlug sogar auf den Polizeibeamten ein, dieser ihn abführen wollte. Mit vereinten Kräften gelang es jedoch, den Herrn Landrat festzunehmen und nach dem Polizeipräsidium zu schaffen. Dort wurden seine Personalien festgenommen.

Am nächsten Tage verfuhr man am Polizeipräsidium überall eine peinliche Verlegenheit. Schließlich war dieser tritt in dem stark besuchten Vergnügungsort von verdächtigen Zeugen beobachtet worden, so daß man annehmen mußte, daß der Fall sehr bald in aller Öffentlichkeit bekannt würde. Das geschah jedoch selbsterweise nicht.

Wir sind informiert über die Maßnahmen, die getroffen wurden, um einen öffentlichen Skandal zu verhindern, aber andererseits keine Veranlassung, noch näher auf den einzugehen.“

Bemerkenswerterweise polemisiert der „Beobachter“ nicht so sehr gegen Peuter, der ihr sogar „recht sein soll“, wenn wirklich „am Sturz des Systems mithelfen“ wolle, sondern zugunsten gegen das Zentrum und tritt mit anerkannter Entscheidung dafür ein, daß parlamentarische Immunität Landtagsabgeordneter noch lange keinen Freibrief für die gleiche Mißhandlung von Polizeibeamten und Nachtaltpolizei dürfe. Diese Entscheidung ist aber leider ein wenig normalerweise ist die Immunität für die hafenkreuzer Feinde des Parlamentarismus die Gelegenheit, um sich möglichst ungenüßert zu benehmen.

Leidensdörner Senke-Breslau hat das ja erst kürzlich wieder mit Nachdruck bewiesen. Die hiedere Unterstützung Nazi-Bohnenblatts ist also recht sehr am Werke, und wohl Mittel zum Zweck, denn wirklicher Ueberzeugung empfinden

Bluttat in Schomburg aufgeföhrt

Anfang des Monats wurde in Schomburg OS. in der Wohnung des Arbeiters Banisch der Arbeiter Utikal mit einem Schußverletzung aufgefunden, an denen er bald darauf verstarb. Die polizeilichen Ermittlungen haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß infolge Unvorsichtigkeit aus der von Utikal getragenen und in der Wohnung dem in seiner Begleitung befindlichen 22 Jahre alten Arbeiter Paul Jodiz vorgetrieben 08-Pistole sich ein Schuß löste, der Utikal durch den Hand- und den Unterleib drang.

Neurode, Döhlengespinn abgestürzt

Auf dem Wege in der Gule stürzte ein Geppann Döhlen mit einem Zuber Kohle ab und fiel, sich überschlagend, den steilen Abhang zum Gulewaffer hinunter. Ein Tier mußte sofort abgetötet werden, auch das zweite erlitt schwere Verletzungen. Der Fahrer des Geppanns stürzte gleichfalls ab und blieb bewußtlos liegen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-19 Uhr

Kleiderdorf, Mittwoch, den 16. Dezember, 19 Uhr

Gliederversammlung bei Ehrenberg. Referent: Genosse Winger

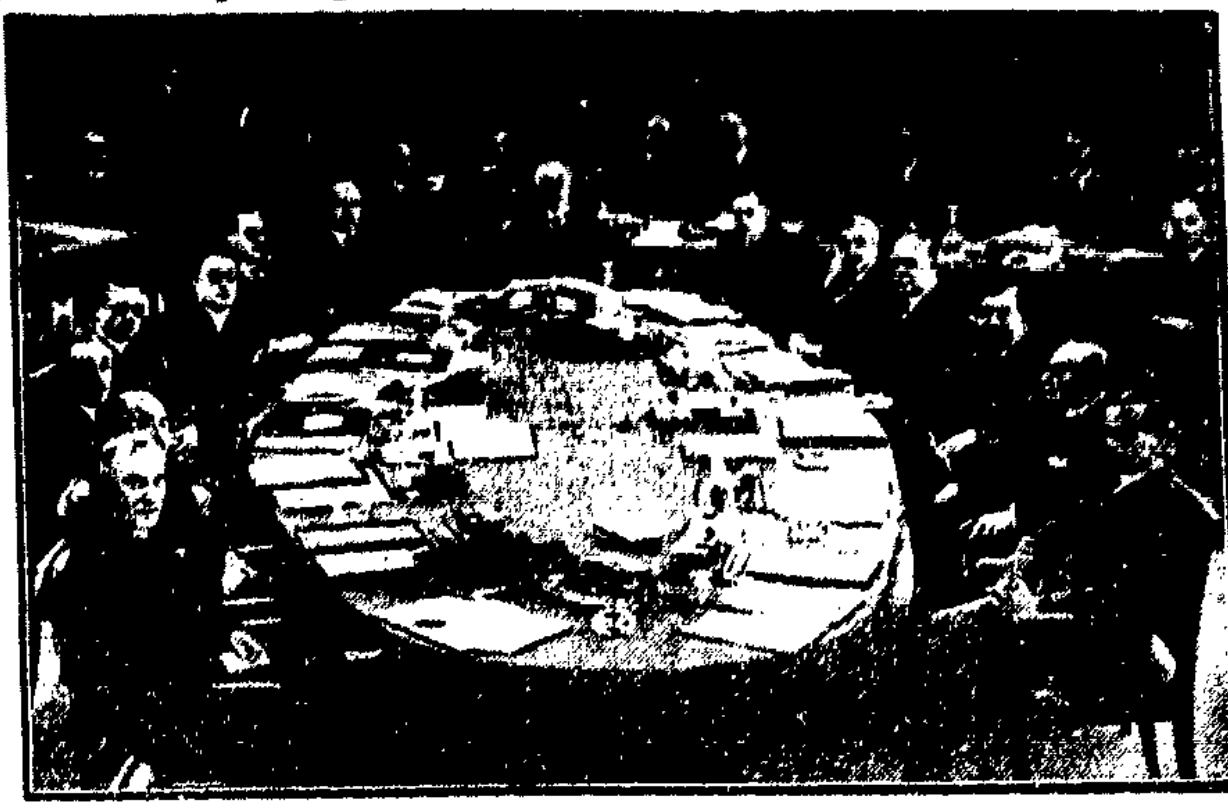
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Breslau-Land/Neumarkt
Genosse Fischer und Deppert. Dienstag, den 15. Dezember, 8 Uhr
Lung oder Rautraden.

Pfarrer im besseren Diesseits

Die Devotim-Ketten
Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin...

Die erste Sitzung des Baseler Sonderausschusses



Die erste Sitzung des Baseler Sonderausschusses: (von links): Dr. H. G. Hindsgodt (Schweiz) — Dr. Hajime Kajihara (Japan) — Dr. Diomitch (Jugoslawien) — Dr. Beckmann (Dolmetscher) — Dr. Michaelis (Dolmetscher) — Doktor Rydbeck (Schweden) — Professor Charles Ritt (Frankreich) — S. C. Colyn (Holland) — Graf Schwerin vom Reichsfinanzministerium (Deutschland) — Dr. Karl Melchior (Deutschland) — Dr. Walter Stewart (USA) — Professor Alberto Beneduce, Präsident der Sitzung (Italien) — Sir Walter Lanton (England).

Zodesurteil gegen Reins

Der 24jährige Berliner Briesträgermörder Ernst Reins...

Ueber dem Herrgott steht Josef Biljudski

Das Märtyrium eines polnischen Bazillisten
Im Jahre 1929 wurde der Bauer Jurko Gorat aus der Gegend von Lodz nach Posen zum Militär eingezogen...

Untergang eines Frachtdampfers

War es ein angeschossenes Schmugglerschiff?
Dem Korst Telegrammbyraa wird aus Maalon gemeldet, das ein deutscher Frachtdampfer in der Nacht zum Sonnabend auf Grund geraten und beim Hindernis-Feuer gesunken ist...

Keine eigene Erfahrung

Professor Bruno Lange steht zu seinem belastenden Calmette-Gutachten
Das für die Angeklagten im Lübecker Herzje-Prozess äußerst wichtige Gutachten von Professor Bruno Lange hat...

Blutiges Familiendrama in Berlin

In Berlin-Adlershof entdeckte die Polizei am Sonntag nachmittag eine furchtbare Familiendramaszene...

Polnischer Soldat an der deutschen Grenze ermordet?

Im Juni vergangenen Jahres verschwand während einer Uebung des 55. polnischen Infanterieregiments in Lissa der Musketier Michael Guca...

Kastelli gestorben

Wie die Blätter melden, ist der berühmte Jongleur Kastelli am Sonnabend abend in seinem Wohnort Bergamo in Oberitalien an Gehirnblutung plötzlich gestorben...

Barchaufkomödie

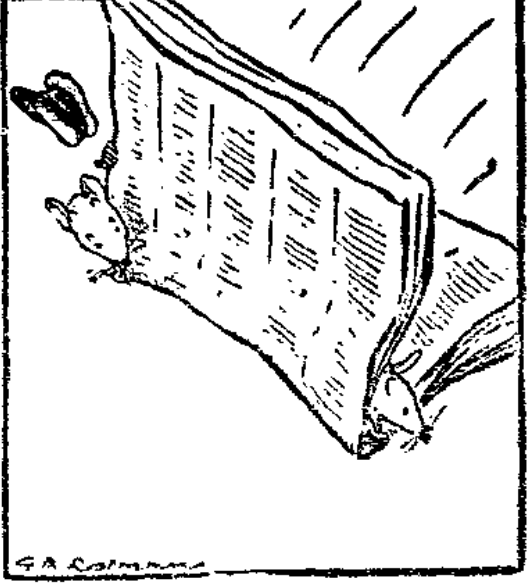
In einer Gemeinde in der Nähe von Währisch-Strau wurde kürzlich Priester seines Amtes enthoben, weil festgestellt wurde, das er zur Ausübung seiner Funktionen weder beirat noch geschlechtlich bezeugt war...

Die Geschichte von der Spitzmaus und der Zittrernase

Von G. Th. Rotman.



81.
Doch als sich die Scheibe schließlich langsamer drehte, machten wir schleunigst, daß wir wegtamen. Wir gelangten in ein anderes Zimmer. Ein Fenster stand auf und in der Nähe lag eine Zeitung. Wir hin! Schöne Bilder standen drin. Aber auf einmal...
82.
Da wurde die Tür geöffnet, ein heftiger Luftzug strich durchs Zimmer und wir wehten samt der Zeitung aus dem Fenster! Ach, welche Angst, als wir so in koller Fahrt dahinschwärmten! Würden wir auf den Pflastersteinen zerbrechen?
(Fortsetzung folgt.)



roleton

Vom 11. bis 17. Dez.: Leben der große Jäger und Charlie Chaplin; Lichter der Großstadt. Jug. hat Zutr. Vom 18. bis 23. Dez.: Erstausführ. „Erd“ — Kallang. Vom 24. bis 31. Dez.: „Stärke über dem Mehlblau“. — Zur erst. Vorstell. bleiben a. d. Feiertag, d. Erwerbbl.-Vergünst. besichen.

Pfeil ertämpft sich den Aufstieg in die erste Klasse!

Viz. Schütz Blauweiß spielt - 1924. Sonntag 1924 - Ein hervorragendes Spiel der Herrmannsdorfer - Holenthal Formverbesserung hält an

Trotz der nicht gerade günstigen Witterung am gestrigen Sonntag wurde ein sehr interessantes Spiel zwischen Pfeil und Herrmannsdorfer...

Pfeil - Herrmannsdorfer 1:0. Der aufgeweckte Boden verhinderte eine volle Entfaltung des Könnens beider Mannschaften...

1924 - B.F.B. 5:4. Es stellt der Mannschaft von 1924 ein sehr gutes Zeugnis aus...

B.F.R. - Canth 8:2. Ueberaus eifrig ist Canth bei der Sache, so daß die 1:0-Führung B.F.R.s bald wieder ausgeglichen ist...

Trebnitz - 1921 6:0. Mußt am Vorsonntag B.F.R. die Ueberlegenheit der Trebnitzer anerkennen...

Herrmannsdorfer - Hertha 1:0. Wieder einmal bewies es sich, daß Technik nicht immer ausschlaggebend für den Sieg ist...

Kapit - Haselwitz 3:2. Trotz des schweren Bodens wurde ein wechselvolles Spiel gezeigt...

Freie Sportfreunde - B.F.R. 2:2. B.F.R. befand sich in der ersten Hälfte sehr gut in der Führung...

Sturm - Dswig 7:0. Die gute Form, in der sich Sturm befindet, wurde im Spiel gegen Dswig erneut unter Beweis gestellt...

Holenthal - Rothfärden 1:0. Immer mehr entpuppt sich Holenthal zu einer Mannschaft, die durch ihre Spielresultate...

Hundsfeld - Kavalen 7:1. Bis zur Pause zeigte Kavalen den Hundsfeldern energischen Widerstand...

B.F.R. - Blau-Weiß 6:2. Um es vorweg zu sagen, Blau-Weiß hat keine Weiterleitung und hatte dabei das Pech...

Hundsfeld - Kavalen 7:1. Bis zur Pause zeigte Kavalen den Hundsfeldern energischen Widerstand...

B.F.R. - Blau-Weiß 6:2. Um es vorweg zu sagen, Blau-Weiß hat keine Weiterleitung...

Wettere Fußballresultate

- West I - Union I 2:0, West II - Union II 2:2, West III - Union III 2:3, West 1. Abt. - Union 1. Abt. 1:0, Kolenthal II - Rothfärden II 0:0, Kolenthal III - Rothfärden III 4:0, Kolenthal IV - Kavalen III 4:2, Herrmannsdorfer II - Hertha II 2:1, Herrmannsdorfer III - Hertha III 1:0, Herrmannsdorfer 1. Abt. - Hertha 1. Abt. 0:2, B.F.R. II - Blau-Weiß II 4:2, B.F.R. III - Südost III 1:1, B.F.R. Schütz - Südost Schütz 0:3, Freie Sportfreunde II - B.F.R. II 1:0.

Fußball in der Provinz

Zum erstenmal fand am gestrigen Sonntag in Hindenburg ein Spiel der Städtemannschaften Hindenburg - Rattowitz statt. Die Rattowitzer Städtemannschaft war auf allen Posten sehr gut besetzt...

Das letzte Bezirksenspiel um die schlesische Kreismeisterschaft. Bekanntlich endete das Spiel der beiden Bezirksmeister B.F.R. Brieg und Eiche-Hindenburg am 6. Dezember in Brieg unentschieden 1:1.

Schwacher Spielbetrieb im Handball

Stabelwitz I - Deutsch-Dissa I 2:0 (2:0). Gut im Schwung scheinen die Stabelwitzer zu sein, denn schon bis zur Halbzeit können sie eine 2:0-Führung erreichen...

1911 - 12. Abt. 3:1 (2:1). Auf der Brückenau trugen beide Mannschaften ein Freundschaftsspiel aus. Die schlechten Bodenverhältnisse ließen aber kein gutes Spiel zustande kommen.

Männer-A-Klasse, Gruppe Ost

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-B-Klasse, Gruppe Ost

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-C-Klasse, Gruppe Ost

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-A-Klasse, Gruppe West

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-B-Klasse, Gruppe West

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-C-Klasse, Gruppe West

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Table with 4 columns: Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Männer-D-Klasse

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Jugend-Klasse

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Sportlerinnen

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Sp. gew., Sp. verl., Sp. unent., Pkt. gew., Pkt. verl., Tore gesch., Tore erh.

Handballauswahlspiel

Am 27. Dezember (3. Weihnachtsfesttag) findet ein Auswahlspiel in Breslau-Gandau ein Auswahlspiel statt. Der Ort hat die Mannschaft...

Table with 4 columns: Name, Position, Verein, Details.

Als Ersatz: Hein (1. Abt.), Kirfel (2. Abt.), Gröblich (Freie Schwimmer), Burth (3. Abt.), Steiner (9. Abt.), ...

Handballspielausschuß. Für das Jugendspiel am 27. Weihnachtsfesttag kann sich noch eine Jugendmannschaft in der Sitzung melden.

Kampfabend im Ringen

Die Abteilung Dertor der Freien Sportvereinigungen führte am Donnerstag in der Vaterlandshalle einen Kampfabend im Ringen gegen die Abteilung Gräbchen...

Generalversammlung der U.C. Wacker

Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung wurde durch ein Referat des Genossen Grämle über die im Jahre 1930 neu erscheinende Zeitung der Fußballsparte...

Notizen

Sonntags-PresseDienst zu Weihnachten. Während der Weihnachtstage bleibt das Kartellbüro geschlossen.

Der Winter-Übungsbetrieb der Breslauer Arbeiterturnvereine wird durch die schlesischen Funktionäre...

Dienstag, 15. Dezember, in der Zeit von 21.40 bis 22.10 Uhr. Der Winter-Übungsbetrieb der Breslauer Arbeiterturnvereine...

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V. Die Kartellversammlung findet am Mittwoch, den 16. im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, statt.